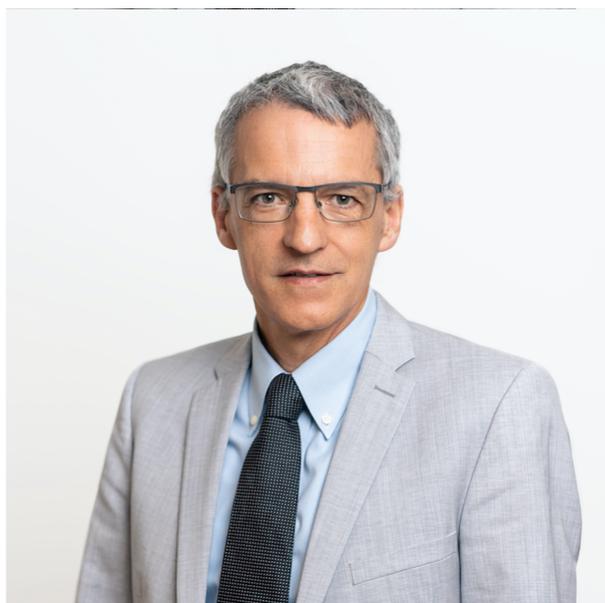




In die Schweiz geflüchtet – und jetzt in eine Lehre?

Durch den Krieg in der Ukraine gelangen nach Schätzung der Kantone bis Ende Jahr rund 300'000 Menschen in die Schweiz. Viele haben in ihrem Land zuletzt ein Gymnasium besucht. Welche Möglichkeiten bieten sich ihnen in der Schweiz? Welche Angebote kann die Berufsbildung machen? Im Gespräch mit Transfer macht Peter Marbet, SBBK, deutlich, dass in den nächsten Monaten für die Betroffenen wichtige individuelle Weichen gestellt werden. Die Kantone entscheiden über eine Zuweisung in eine allgemeinbildende Schule oder alternative Wege.



Peter Marbet ist Leiter Koordinationsbereich Berufsbildung & Sekundarstufe II Allgemeinbildung bei der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK). Er hat seine neue Stelle am 1. März 2022 angetreten. Von 2008-2020 war er Direktor des Berner Bildungszentrums Pflege (BZ Pflege), einer höheren Fachschule für die Pflegeaus- und -weiterbildung.

Interview: Daniel Fleischmann

Peter Marbet, die Medien berichten intensiv über die Integration von Kindern aus der Ukraine in die Volksschule. Zur Sekundarstufe II habe ich noch keine Zeile gelesen. Täuscht der Eindruck?

Ich teile diese Wahrnehmung. Es ist deutlich zu sehen, dass die Einschulung von Kindern die Medien und Behörden stark beschäftigt. Aber ich sehe auch, dass sich die wichtigen Gremien der Sekundarstufe II durchaus mit der Thematik beschäftigen. Die SBBK und die SMAK – also die beiden nationalen Konferenzen der EDK in den Bereichen Berufsbildung und allgemeinbildende Schule – treffen sich seit drei Wochen zum wöchentlichen Austausch. Die Treffen erfolgen in Form von «Table Rondes»: Die Kantone berichten über die von ihnen wahrgenommenen Herausforderungen und Massnahmen.

Laut Medien rechnen die Kantone mit bis zu 300'000 Flüchtenden, die in diesem Jahr in die Schweiz kommen.

Wieviele davon münden in die Berufsbildung ein?

Wir haben keine Anhaltspunkte, um diese Frage zu beantworten. Derzeit berichten die Kantone – je nach Grösse – von Personenzahlen im ein- bis zweistelligen Bereich, die in die Sekundarstufe II integriert werden. Generell ist die Zahl der betroffenen Jugendlichen im Alter von 16 bis 21 Jahren geringer als die von der Schulpflicht betroffenen Jugendlichen. Aber diese Zahlen können sich

Der Einstieg in eine berufliche Grundbildung eine Verpflichtung für drei oder vier Jahre. Aber wer von den geflohenen Menschen kann heute sagen, dass er so lange in der Schweiz bleiben muss oder bleiben möchte?

rasch verändern. Zudem wissen wir nicht, wie viele von ihnen in eine berufliche Grundbildung münden. Es gibt aber mögliche Anhaltspunkte: Zum einem gehört die Ukraine nicht zu den Ländern mit einer Berufsbildungstradition; es gibt zwar berufliche Bildungswege, aber gesellschaftlich bedeutend ist der Pfad via Maturität an eine Hochschule. Zum anderen bildet der Einstieg in eine berufliche Grundbildung eine Verpflichtung für drei oder vier Jahre. Aber wer von den geflohenen Menschen kann heute sagen, dass er so lange in der Schweiz bleiben muss oder bleiben möchte? In ein Gymnasium einzusteigen ist weniger verbindlich.

Eine berufliche Grundbildung kann auch Sinn machen, wenn sie vorzeitig beendet wird.

Diese Überlegung wird sicher ein Teil der Informationen bilden, die wir den Jugendlichen und ihren Eltern in den kommenden Monaten bis zum Beginn des Schuljahres 2022/2023 anbieten werden. Das SDBB ist derzeit daran, Grundlagendokumente zur Berufswahl ins Ukrainische und Russische zu übersetzen. Offen ist, in welchem Masse die Arbeitgeber bereit sind, Personen auszubilden, die möglicherweise ihre Lehre abbrechen, weil sie in ihr Land zurückkehren.

Sie haben die Treffen der Schweizerische Berufsbildungsämter-Konferenz (SBBK) und der Schweizerische Mittelschulämterkonferenz (SMAK) erwähnt. Gibt es weitere Gremien der Sekundarstufe II, die sich mit den Folgen des Krieges in der Ukraine befassen?

In der Tripartiten Berufsbildungskonferenz (TBBK) ist das Thema anlässlich des letzten Austausches auch diskutiert worden; das wird eine gewisse Regelmässigkeit erhalten, ist aber noch nicht formalisiert.

Und welche Rolle spielt das SBF?

Auf Bundesseite befasst sich federführend das Staatssekretariat für Migration (SEM) mit den Folgen des Krieges; das SBF ist Teil einer entsprechenden Arbeitsgruppe. Im Moment stehen die Themen der raschen Aufnahme im Vordergrund – das Ankommen, die Klärung des Aufenthaltsstatus, die Unterbringung. Die Kantone – also die EDK oder die SBBK – werden bei Bedarf hinzugezogen.

Welchen Bildungsanspruch haben geflüchtete Personen mit Schutzstatus S?

Kinder und Jugendliche haben gemäss Bundesverfassung ein Grundrecht auf Bildung. Die Kantone gehen pragmatisch mit Eltern um, die mit der Einschulung zuwarten oder die Kinder selber unterrichten möchten. Ihnen steht dafür ein [Online-Portal](https://lms.e-school.net.ua/) (<https://lms.e-school.net.ua/>) zur Verfügung, an dessen Entwicklung auch die Pädagogische Hochschule Zürich mitwirkte. Die Kantone haben eine klare und offene Haltung bezüglich Zugang von Jugendlichen – sei es an ein Gymnasium, in eine Fachmittelschule oder in die Berufsbildung.

Was passiert auf Sekundarstufe II in den nächsten Monaten?

Im Zentrum steht die Abklärung der Eignung der Jugendlichen für eines der genannten Bildungsangebote. In den Kantonen werden Anlaufstellen bestimmt, die zunächst die sprachlichen Kompetenzen der Jugendlichen erheben, Deutsch-, Französisch- oder Italienischkurse anbieten und eine Eingliederung in die bestehenden Integrationsangebote verfügen. Im Kern geht es um die Frage, ob eine Jugendliche oder ein Jugendlicher dem Unterricht in einer allgemeinbildenden Schule folgen kann. Das erwähnte Portal bietet dafür gute Möglichkeiten; damit lässt sich das Schulniveau der Jugendlichen recht gut einschätzen. In diesem Bereich sind vor allem die Berufsberatungen gefordert. Neben diesem Regelweg gibt es auch pragmatische Vorgehensweisen, wenn beispielsweise ukrainische Jugendliche im Rahmen von Hospizien an die Gymnasien zugelassen werden.

In den Kantonen werden Anlaufstellen bestimmt, die zunächst die sprachlichen Kompetenzen der Jugendlichen erheben, Deutsch-, Französisch- oder Italienischkurse anbieten und eine Eingliederung in die bestehenden Integrationsangebote verfügen.

Eine deutliche Mehrheit der Jugendlichen dürfte nicht in der Lage sein, im Gymnasium oder einer Fachmittelschule zu bestehen – ausser vielleicht in Klassen mit Immersionsunterricht. Sehen Sie das anders?

Diese Frage lässt sich noch nicht beantworten. Erste Rückmeldungen aus den Kantonen zeigen, dass die jetzt in die Schweiz gelangten Jugendlichen über gute Englischkenntnisse verfügen, manchmal sogar Deutsch oder Französisch sprechen.

Für migrierte Personen existiert die Integrationsvorlehre, in deren Verlauf die Jugendlichen ihre Deutschkenntnisse verbessern und erste berufliche Erfahrungen sammeln können. Wird die Bildung von ukrainischen Klassen ins Auge gefasst? Ich gehe davon aus, dass das in den Kantonen ein Thema ist; auf Stufe SBBK-SMAK wurde dazu noch keine vertiefte

Diskussion geführt. Das Projekt Integrationsvorlehre wird vom SEM bereits auf die Ukraine ausgeweitet.

Man wird den Jugendlichen, die im Spätsommer keine allgemeinbildende Schule besuchen und keine Lehrstelle finden können, Alternativen anbieten wollen.

Diesen Willen spüre ich in den Gesprächen mit den Kantonen. Mit Angeboten ausserhalb der bestehenden Strukturen wird sich allerdings die Frage der Finanzierung noch einmal stellen. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) hat den Kantonen am 25. März einen finanziellen Beitrag von jährlich 3000 Franken pro Person insbesondere zur Förderung des Spracherwerbs von geflüchteten Menschen aus der Ukraine vorgeschlagen; der Bundesrat entscheidet in diesen Tagen darüber. Diese Summe wird für die notwendigen Angebote kaum reichen.

Welche Chancen bietet die Krise für die Betroffenen selber und den Schweizer Arbeitsmarkt?

Das ist im Moment zweitrangig. Wir alle wünschen uns, dass der Krieg rasch zuende geht und die Menschen in ihr Land zurückkehren können.

Verstehe ich Sie richtig: Wir sollten die Jugendlichen für den Arbeitsmarkt in der Ukraine qualifizieren, nicht den der Schweiz?

Es geht darum, die Jugendlichen so zu stärken, dass sie – in jeder Hinsicht – gut zurückkehren und ihr Land wieder aufbauen können. Dafür müssen wir sinnvolle und attraktive Angebote bereithalten oder schaffen.